

Informationszentrum

Berlin, 13.01.1990

Einschätzungder Lage in den Bezirken am 12.01.1990

In den Bezirken sind die politischen Aktivitäten in unveränderter Schärfe darauf gerichtet,

- die Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit zu beschleunigen,
- die Zahlung von Überbrückungsgeldern an ehemalige Angehörige des Amtes für Nationale Sicherheit zu verhindern,
- den Einfluß der SED-PDS durch öffentlichkeitswirksame Aktionen im politischen Leben vorrangig in den Territorien zurückzudrängen.

Die Positionen der oppositionellen Kräfte zeigen die Tendenz zur weiteren Verhärtung, was sich in zahlreichen Demonstrationen und zunehmenden Streiks bzw. Streikbereitschaft bis hin zu Flugblattaktionen manifestiert. Insbesondere die gegen die SED-PDS gerichteten Aktivitäten lassen in der Tendenz eine deutliche Verschärfung erkennen, zumal das Auftreten staatlicher Leiter, die als Mitglieder der SED-PDS bekannt sind, an dem "Runden Tisch" und vor der Volkskammer hierzu teilweise weiteren Anlaß gegeben hat.

1. Mit Stand vom 12.01.1990 wurden durch das ehemalige Amt für Nationale Sicherheit insgesamt 29.922 Angehörige entlassen (Tageszugang: 518, Zugang 1990 insgesamt: 7.674). Davon wurden 2.475 durch die Zollverwaltung der DDR übernommen. In Auswertung der Tagung der Volkskammer der DDR vom 11. und 12.01.1990 wird ab 15.01.1990 die Entlassung von Angehörigen des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit erheblich beschleunigt. Zugleich wurden die Maßnahmen zur Bildung des vorgesehenen neuen Dienstes eingestellt.

Derzeitig sind 418 Objekte des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit an die örtlichen Räte bzw. die künftigen Nutzer übergeben worden, wobei in den letzten Tagen besonders bei Objekten der Rückwärtigen Dienste Fortschritte erreicht wurden.

Seit dem 15.10.1989 wurden allein im Berliner Raum durch das ehemalige MfS/Amt für Nationale Sicherheit insgesamt 270 PKW, 50 NKW B 1000, 280 weitere NKW und 13 KOM über den VEB Maschinenbauhandel bzw. in andere bewaffnete Organe umgesetzt. Seit dem 10.01.1990 erfolgt eine konzentrierte Abführung von 1000 PKW und weiterer NKW an den VEB Maschinenbauhandel Berlin. Allein 115 PKW Fiat Regata wurden mit dem Ziel angeboten, sie bevorzugt an Ärzte des Berliner Gesundheitswesens zu verkaufen.

Konkrete Fortschritte wurden bei der Übergabe von Gebäuden und Objekten des weiteren aus den Bezirken Cottbus, Halle und Neubrandenburg gemeldet.

In **Cottbus** fand am 12.01.1990 eine Besichtigung des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit mit Bürgervertretern statt. Durch den Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates wurde veranlaßt, daß am gleichen Tag alle noch im Dienst befindlichen Mitarbeiter ihren Dienstausweis abzugeben hatten. Ab Montag ist der Zutritt nur noch mit Personalausweis zur Abwicklung von persönlichen Angelegenheiten gestattet. Im Objekt des ehemaligen Bezirksamtes wird ein Zimmer für Vertreter des Bürgerkomitees zur täglichen Kontrolle der zügigen Auflösung zur Verfügung gestellt. Der Gebäudekomplex des Bezirksamtes Halle wird geschlossen an die Martin-Luther-Universität Halle als Rechtsträger übergeben. Eine entsprechende Vorlage für die Ratssitzung am 18.01.1990 ist in Vorbereitung.

Der Bezirkstag und die Stadtverordnetenversammlung von **Neubrandenburg** bestätigten am 11.01.1990 die Übernahme des Objektes des ehemaligen Bezirksamtes. Der Oberbürgermeister wurde in diesem Zusammenhang aufgefordert, ab 15.01.1990 Verantwortliche für die Übernahme und die Lösung der damit verbundenen organisatorischen Fragen einzusetzen.

In **Frankfurt/Oder** wurde mit der Räumung des ersten Teilobjektes auf dem Gelände des ehemaligen Bezirksamtes begonnen. Mit dem Abtransport der Waffen und Munition sowie der beginnenden Sichtung und Archivierung bzw. Vernichtung des operativen Schriftgutes wird die Räumung der Objekte in den Bezirken fortgesetzt.

Im Bezirk ~~Karl-Marx-Stadt~~ wurde am 12.01.1990 die Auslagerung der Waffen und Munition durch die DVP unter gesellschaftlicher Kontrolle abgeschlossen. Gleichzeitig wird ein größeres Teilobjekt des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit von Schriftgut geräumt. Schriftgut wird bis 18.01.1990 in das Staatsarchiv überführt.

Zentrale Entscheidungen zur Übergabe einzelner Objekte sind erforderlich

- zum Ferienhaus **Masserberg/Hildburghausen/Suhl** (Hier streiten sich FDGB, Reisebüro der DDR und Rat der Gemeinde um die Rechtsträgerschaft),
- zum Ferienhaus **Bachheim/Templin/Neubrandenburg** (unvollendetes Objekt, zur Fertigstellung mehrere Mio M Ausrüstungen nötig).

Mit der Auflösung der Bezirksämter für Nationale Sicherheit wird auch die gesamte Kfz-Technik an die örtlichen Räte übergeben. Das Gesundheitswesen des Bezirkes **Halle** erhielt darüber hinaus 32 Notstromaggregate.

Die im Bereich **Frankfurt/Oder** vorhandenen 5 zentralen Schutzbauwerke werden bis 16.01.1990 durch das Ministerium für Nationale Verteidigung übernommen. Bei einer Führung von Bürgervertretern durch das Schutzbauwerk Biesenthal-Sophienstädt konnten Verdächtigungen über die Nutzung dieses Objektes für den eventuellen Einsatz von Skinheads aus diesem Bauwerk heraus ausgeräumt werden.

Im Bezirk **Suhl** mehrten sich im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit Forderungen nach Nennung von Namen der inoffiziellen Mitarbeiter. Schriftliche Forderungen liegen seitens 3 Räten von Gemeinden, einer Bürgerinitiative und 3 größeren Betrieben vor. Hierzu sollte eine generelle Übereinkunft an den "Runden Tischen" erreicht werden.

Von einem Beauftragten des "Runden Tisches" aus **Jena/Gera** wurde auf Verzögerungen bei der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit im Bezirk aufmerksam gemacht. So konnten in der Beratung des "Runden Tisches" am 11.01.1990 durch den Rat der Stadt Jena und den Kreisstaatsanwalt keine präzisen Aussagen

- zur Aufstellung aller Objekte im Kreis Jena,
- zum Verbleib der Waffen und
- zum Personalbestand

getroffen werden. Zur Lösung dieses Problems sollte der Beauftragte des Vorsitzenden des Ministerrates im Bezirk Gera in Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Bezirksamt für Nationale Sicherheit aktiver auftreten.

Vom Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates für den Bezirk **Cottbus** wurde gemeldet, daß die Bargeldüberführung (ca. 9 Mio M) zur Sparkasse des ehemaligen Bezirksamtes zur Auflösung der Gehaltskonten über Barauszahlungen in der Öffentlichkeit zu großer Aufregung geführt hat. Darüber ist auch eine Presseveröffentlichung erfolgt. Argumente der Bevölkerung sind:

- Die Mitarbeiter des ehemaligen Bezirksamtes heben viel Geld ab, also kommt es doch zu einer Währungsreform ("Die müssen es ja wissen!")
- Die Spitzel werden bezahlt.
- Die Abfindung werde gezahlt.

Es sollte unverzüglich veranlaßt werden, daß Bargeldbewegungen und Abhebungen großen Ausmaßes im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit verhindert werden.

Aus dem Bezirk **Neubrandenburg** kommt die Forderung nach Klärung der Zahlung finanzieller Verpflichtungen wie Überbrückungsgelder, Renten usw. unter der Bedingung, daß die Bezirksämter für Nationale Sicherheit völlig aufgelöst sind. Dies sollte am besten durch einen kompetenten Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Preise kurzfristig geklärt werden.

Ebenfalls eine kurzfristige Klärung erfordert die Zwischenlagerung der operativen Technik für die künftigen Dienste. Hierbei handelt es sich z. T. um sehr wertvolle technische Mittel, für die eine gesicherte Einlagerung erforderlich ist.

2. Der Versuch, mit Streiks, Demonstrationen, Flugblättern und Schmierereien politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hält unvermindert an. Die Forderungen bei den Streiks sind zunehmend darauf gerichtet, die SED-PDS zu zerschlagen.

Von den Abgeordneten der LDPD, NDPD und CDU des Kreistages Kreistages Reichenbach/Karl-Marx-Stadt wird die Auflösung desselben gefordert und der "Runde Tisch" bis zur nächsten Wahl im Kreis wirken soll. Die Abgeordneten dieser 3 Parteien erklärten die Aufhebung ihrer Mandate und verließen die Kreistagssitzung. Auf die Südbezirke ist auch die zunehmende Verbreitung neofaschistischer Parolen mittels Flugblätter und Schmierereien konzentriert. Beispiele:

- Im Stadtgebiet Gera wurden **Flugblätter** aufgefunden mit folgenden Inhalten:
 - . Demonstration und Kerzen bereiten SED-PDS keine Schmerzen - doch wenn die Arbeit ruht, sinkt auch der Tyrannenmut
 - . Für ein deutsches Vaterland ohne Kommunisten
- Weitere **Schriften nationalistischen Inhalts** wurden im Kreis Schleiz/Gera aufgefunden.
- In der Stadt Sömmerda/Erfurt wurden gelbe Plakate in der Abmessung 30 x 60 cm mit folgendem Inhalt aufgefunden:
 - . wer die SED wählt, wählt den Bürgerkrieg
- In Apolda/Erfurt wurden 30 selbstgefertigte Handzettel mit folgendem neofaschistischem Inhalt gefunden:
 - . Deutschland den Deutschen
 - . Ausländer raus
 - . Front 39
 - . Franz wo bist du

In einigen Fällen wurden Streikandrohungen auch zur Durchsetzung finanzieller Forderungen ausgesprochen. Dabei handelt es sich hauptsächlich darum, die in Berlin gezahlten Löhne des jeweiligen Zweiges auch in den Bezirken auszusahlen. Um einer weiteren Ausweitung solcher Forderungen entgegenzuwirken, erscheint es erforderlich, ein Argumentationsmaterial zu erarbeiten. Dieses sollte den Unterschied in den Lebenshaltungskosten bei Grundbedürfnissen zwischen Berlin und den Bezirken deutlich machen und den in Berlin gezahlten Ortsklassenzuschlag überzeugend begründen.

3. Getragen von der Sorge um die nationale Sicherheit der DDR und unter Berücksichtigung des Scheiterns der bisherigen Konzeption für die Bildung des Amtes für Verfassungsschutz wurde von der

Regierungskommission für den Bezirk Suhl und dem Aktiv "Staats-sicherheit" der zeitweiligen Kommission des Bezirkstages Suhl sowie einer gemeinsamen Kommission von Regierungsbeauftragten und Bürgervertretern im Bezirk Dresden Vorschläge erarbeitet. Der Vorschlag Suhl geht davon aus, Übergangslösungen zu realisieren und die dazu erforderlichen Einrichtungen auf eine breite demokratische Basis zu stellen. Diese Übergangslösungen sollten zivilen Charakter tragen. Es wird vorgeschlagen, für diese Tätigkeit geeignete neue Mitarbeiter zu gewinnen und sie in einer Übergangsphase von ehemaligen Mitarbeitern des Amtes für Nationale Sicherheit einarbeiten zu lassen, die bereit und fähig sind, den neuen Demokratisierungsprozeß mitzutragen. Bereits in der Übergangslösung sollten keinerlei exekutive Aufgaben realisiert werden.

Ein analoges Herangehen gibt es im Dresdner Vorschlag.

Demzufolge muß die Mitarbeit in diesem Dienst allen interessierten Bürgern zugänglich sein. Für Angehörige des ehemaligen MfS, deren Tätigkeit sich gegen sogenannte "Andersdenkende" richtete, ist die Einstellung auszuschließen (Anlage 2).

4. Nach Ankündigung der Preiserhöhungen für Kinderbekleidung im Rundfunk wurden in verschiedenen Territorien wie Neubrandenburg, Berlin-Marzahn, Brandenburg und Suhl erhöhte Verkäufe festgestellt. Sie betrugen in Suhl das Dreifache des üblichen Umsatzes, so daß in den Verkaufsstellen des Einzelhandels die Lagerbestände nur für den Sonnabend bzw. Montag ausreichen. In Potsdam wurden verstärkt Brot, Molkereiprodukte, Spirituosen und Zigaretten gekauft.

Gleichzeitig protestieren Gewerkschaftskollektive gegen die vorgesehenen Preiserhöhungen, da sie sich insbesondere gegen junge Ehepaare richten würden (FDGB-Kreisvorstand und Universitätsgewerkschaftsleitung Greifswald, Kraftfahrzeugwerk Gotha). Die 2.400 Mitarbeiter des Bezirkskrankenhauses Stralsund fordern weiterhin eine spürbare Erhöhung des Kindergeldes. Die angekündigte Erhöhung wird als unakzeptabel bezeichnet.

Die im Zusammenhang mit der Preiserhöhung für Kinderbekleidung von der Leitung des Schuhgroßhandels angedrohte Auflösung der Vertragsbindung Kinderschuhe für das Kombinat Schuhe Weißenfels

konnte mit Unterstützung der staatlichen Plankommission und des Ministeriums für Leichtindustrie einer Klärung zugeführt werden. Damit wird der Produktionsstillstand vieler Betriebe in Weißenfels vermieden.

Von den Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates wurden folgende Fragen aufgeworfen:

- Aus der Sitzung des Operativstabes des Rates des Bezirkes Suhl gibt es den Hinweis darauf, daß es zunehmende Forderungen auf Rückgabe von Land an die privaten Eigentümer gibt (im Grundbuch so erfaßt). Die Besitzer hatten dieses Land LPG'en zur Nutzung übergeben, die es z. T. an Dritte weitergaben (Kleingärten, Bungalows). Der Rat des Bezirkes schafft sich zunächst eine exakte Übersicht, um Umfang und Lage analysieren zu können. Herr Schröter bittet um eine exakte Analyse und Klärung der rechtlichen Probleme und deren Auswertung.
- Herr Rentmeister (Rostock) bittet für die Beratung der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates an 15.01.1990 um exakte Hinweise, wie der technische Ablauf der Übergabe von Technik, Objekten usw. des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit an die künftigen Nutzer erfolgen soll. Dabei geht es um
 - . finanzielle Regelungen,
 - . Art und Weise des Rechtsträgerwechsels,
 - . organisatorisch-technischen Ablauf.

Hinweis zu einem dringend zu lösenden materiell-technischen Problem:

(nach einer Information des Generaldirektors des VEB Flachglaskombinat Torgau)

Durch das ersatzlose Ausscheiden von 70 Arbeitskräften (40 Strafgefangene und 30 Angehörige der NVA) aus dem VEB Glasseidenwerk Oschatz am 19.01.1990 können im I. Quartal nur 82,6 % der Versorgungspflichten mit Glasseideerzeugnissen für die chemische Industrie, den Schiffbau und die Konsumgüterproduktion erfüllt werden. Der wertmäßige Ausfall beträgt 2,5 Mio M sowie für 1,5 Mio M NSW-Export. In den Folgestufen sind die Auswirkungen um ein Vielfaches höher. Der Betrieb stellt durch Eigenmaßnahmen 25 Ar-

beitskräfte bereit, benötigt aber zur Erfüllung der Produktionsaufgaben ab 20.01.1990 weitere 45 Arbeitskräfte aus zentralen Zuführungen mindestens bis 30.03.1990.

An die Staatliche Plankommission wurde am 09.01.1990 der Vorschlag gerichtet, erneut NVA-Angehörige im VEB Glasseidewerk Oschatz einzusetzen.

Anlage

Beispiele für Warnstreiks und Streikandrohungen

Durchgeführte Streiks am 15.01.1990